

Die KPÖ und die Besetzung des Ernst-Kirchweger-Hauses und sie bewegt sich doch (nicht)

Nach Drucklegung der letzten, vorsommerlichen Ausgabe des TATblatts entspannte sich die Situation rund um das besetzte Ernst Kirchweger Haus ein wenig: Unter der Drohung einer Rückbesetzung (die aber dann allein schon der Altersstruktur und der geringen Zahl der potentiellen Bergarbeiter, äh RückbesetzerInnen wegen wohl kaum möglich gewesen wäre) stimmten die BesetzerInnen des KPÖ-eigenen, bis zur Besetzung praktisch ungenutzten Hauses in der Wielandgasse im 10. Wiener Gemeindebezirk einem „Kompromiß“ zu. Die Besetzung sollte für

ausgesetzt erklärt werden; dafür verspricht die KPÖ, bis einschließlich 25. August nicht räumen zu lassen. Während dieses Zeitraums sollten Verhandlungen über die spätere, langfristige Nutzung des Hauses geführt werden. Der Termin 25. August wurde damit begründet, daß die Räumlichkeiten in den darauffolgenden 14 Tagen zur Vor- und Nachbereitung des Volksstimmefestes benötigt würden.

Die BesetzerInnen hießen fortan „neue BenützerInnen“. Doch was nun?

Dieses ist kein „normales“ TATblatt. Es ist bloß ein außertourliches, aktuelles Blatt, konzipiert, um am Volksstimmefest ausgeteilt zu werden. Denn eigentlich machen wir noch bis Mitte September Sommerpause. Normalerweise ist das TATblatt viel dicker, viel informativer, viel reichhaltiger,...

Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügel und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.



(TATblatt-Wien)

Die zum Zwecke der autojustiziellen Räumung (also der Räumung in Selbstjustiz; Anm d Lehauter) angereisten etwa 200 KPÖ-MitgliederInnen (die Volksstimme sprach von 800 bis 1000) konnten mit der Losung vom Ende der Besetzung beruhigt werden (zuvor war es allerdings zu tätlichen Angriffen auf einzelne BesetzerInnen gekommen, die Flugblätter verteilen wollten). Hatte diese Irreführung der Basis durch die Parteiführung erst eher Belustigung ausgelöst, so müssen wir heute sehen, daß sie früher oder später zum Bumerang werden könnte. Sehr viele KPÖ-MitgliederInnen werden nur per „Volksstimme“ über das Ernst Kirchweger Haus informiert; und selbige verfolgt da eine recht kleinformatige Propagandalinie:

Nicht offen aggressiv, jedoch deutlich spürbar, wird Stimmung gegen die „neuen BenützerInnen“ gemacht.

Von den ehemaligen BesetzerInnen veranstalteten Film- und Diskussionsabende oder eine — ebenfalls von den neuen BenützerInnen organisierten — Ausstellung über Frauen im Nationalsozialismus mutierten im Parteiorgan zu Parteiveranstaltungen, quasi zur Bildung der politisch etwas minderbemittelten „neuen BenützerInnen“. Das selbige Ausstellung dann zum Teil abgebaut werden mußte, um einer Tagung des Zentralkomitees Platz zu machen, wurde wohl erst nach Redaktionsschluß bekannt.

Sehr treffend charakterisiert Michael Scharang in einem Leserbrief den Stil der Volksstimme: „Punks und Autonome“

können nach Meinung der Volksstimme wohl nicht sitzen; sie hungern bloß. Und Türken oder Kurden kochen nicht in der Volksküche, sie machen sich zu schaffen.“

Der angeblich erzielte Kompromiß, bzw dessen Vermittlung an die Basis, muß selbiger im Kontext der Volksstimme-Berichterstattung signalisiert haben: Bis Herbst sind die Chaoten da noch drin, aber dann ab durch die Mitte mit dem Gesindel.

Es ist das auch die Stimmung, die einer/m im Gespräch mit vielen KPlerInnen entgegenschlägt.

Eine Stimmung, die das Verhandeln sehr erschwert, denn jedes Verhandlungsergebnis würde ja schließlich eine Fortsetzung der Nutzung eines Parteigebäudes durch Parteifremde bedeuten. Folge: Keine Kleinigkeit wurde seitens des KP-Verhandlungsteams ausgelassen, um die Gespräche zu erschweren. Da hat wer am Dachboden geschlafen, oder in einem unbenutzten Raum, den die KPÖ für sich beansprucht.

Viel Mühe wendet die KP-Delegation auch auf, um mittels unannehmbarer und völlig bürokratischer Forderungen die „neuen BenutzerInnen“ ihrerseits zum Abbruch der Verhandlungen zu bewegen (womit die KPÖ dann in der Öffentlichkeit gut dastehen würde). Obwohl den KPÖ-Teilorganisationen im 4.Stock des Gebäu-

des weit mehr Platz zur Verfügung steht, als sie vor der Besetzung im gesamten Haus regelmäßig nutzte, beansprucht sie Räumlichkeiten in jenem Teil des Hauses, der nach Meinung der „neuen BenutzerInnen“ unabhängigen Gruppen für ihre Arbeit oder zum Wohnen zur Verfügung gestellt werden soll. Ein Problem besteht auch darin, daß die Partei, die auf Plakaten eine Meldepflicht für leerstehende Wohnungen verlangt, nicht bereit ist, die Untrennbarkeit von Wohnen, Politik und Kultur so zu akzeptieren, wie es den jetzigen BenutzerInnen vorschwebt. Gerade um das Wohnen im Ernst Kirchweger Haus drückt sich die KPÖ immer wieder herum.

Die Aktivitäten der Nicht-KPlerInnen werden immer wieder behindert, zum Teil offen sabotiert: So wollen die KP-VerhandlerInnen die Ersetzung eines autonomen AusländerInnenbüros durch eine Beratungsstelle des Mieterschutzverbandes auf Kostens des autonomen (also nicht von der KPÖ verwalteten) Bereichs durchsetzen, also Formen der Selbstorganisation und Selbstverwaltung durch „StellvertreterInnenpolitik“ ersetzen. Angeblich funktioniert das AusländerInnenbüro laut KPÖ ohnehin nicht. Eine recht zynische Argumentation, denn hier wird von sehr lose organisierten Menschen binnen zweier

Monate etwas verlangt, was die KPÖ in 45 Jahren nicht zustande gebracht hat: Uneingeschränkte Akzeptanz für ein linkes Projekt zu schaffen!

Ein wenig dürfte sich nun Katzenjammer innerhalb der KP-Führung breit machen. Die GenossInnen Vorsitzenden werden sich demnächst von ihrer Basis fragen lassen müssen, warum die „Wielandschule“ noch immer von Chaoten im rechtsfreien Raum belagert wird, wo doch das Übereinkommen zwischen BesetzerInnen und Parteiführung schon längst ausgelaufen sei, und wo doch das Haus so dringend für das Volksstimmefest gebraucht würde. Diese Frage ohne Eingeständnis der Des- oder Nichtinformationspolitik gegenüber den eigenen ParteimitgliederInnen zu beantworten, dürfte schwer fallen.

Seit kurzem dürfen sich daher wieder kritische KPÖ-MitgliederInnen in der Volksstimme zu Wort melden, um den Schwenk der Parteiführung vorzubereiten. In der Volksstimme-Ausgabe vom 28.8.1990 darf Josef Rhemann den „einfachen MitgliederInnen“ den politischen Charakter der Besetzung und sein — ausgesprochen gutes — Verhältnis zu den BesetzerInnen erläutern.

Nicht zuletzt deshalb fürchten sich die „neuen BenutzerInnen“ im Moment nicht sonderlich vor einer möglichen Räumung. Außerdem steht da noch die Wahl vor der Tür, und so weiter und so fort....

Sollten die „Parteiöffner“, die sich jetzt wieder zu Wort melden dürfen, nicht durchsetzen können, liegt das nächste wichtige Datum in Bezug auf das Kirchweger Haus doch recht nahe: der 8.Oktober.

An diesem Tag hätte das Zentralkomitees dann vielleicht doch zwei Punkte auf der Tagesordnung:

- 1) Analyse der Wahlniederlage vom 7.Oktober
- 2) „Lösung“ des „BesetzerInnenproblems“•

WELTAUSSTELLUNG EXPO 1992
BRÜCKEN IN DIE ZUKUNFT



Positionspapier der BenutzerInnen des Ernst Kirchweger Hauses:

AN DAS ZENTRALKOMITEE DER KPÖ

Am 25.August endete die Frist einer Nichtkündigungs-garantie der KP gegenüber den neuen BenutzerInnen.

Mit Bedauern stellen wir fest, daß es uns im Rahmen der Verhandlungen innerhalb der letzten zwei Monate nicht gelungen ist, eine reale Vertragsbasis für eine längerfristige Nutzung des Ernst Kirchweger Hauses zu erarbeiten. Allzuoft gerieten die Gespräche aufgrund von Kleinigkeiten und Details ins Stocken. Wir werfen der KPÖ-Verhandlungsdelegation vor, daß sie nicht immer bereit war, das Gespräch seriös zu führen und einer raschen Vertragsunterzeichnung näher zu kommen.

Auch sind die die von uns immer wieder klar geäußerten Grundnotwendigkeiten nicht oder nicht vollinhaltlich an die Partei weitergeleitet worden. Wir haben den Eindruck, daß so der Stand der Verhandlungen nicht immer richtig nach Außen dargestellt wurde.

Wir stellen daher noch einmal klar:

Wir BenutzerInnen plädieren für die Schaffung eines Dachverbandes, der aus

vielen Einzelpersonen aller mitbenutzenden Gruppen und Parteien besteht. Dieser Dachverband schließt mit der KPÖ einen langfristigen Vertrag über alle gemeinsam oder ausschließlich autonom genutzten Teile des Hauses auf der Basis standardisierter Mietverträge zu symbolischem Zins ab.

Der Dachverband vertritt das Haus insgesamt gegenüber Dritten.

Die neuen BenutzerInnen beharren im Rahmen einer realen Durchführung des Projektes auf gewisse räumliche Bedingungen:

Zweiter und dritter Stock ausschließlich zur **autonomen Benutzung**; auch für Wohnzwecke. Ausbau des Dachbodens durch die neuen BenutzerInnen für Wohnzwecke und „SchriftstellerInnen-Zentrum“ im Sinne der „VermittlerInnen“; Nach Ausbau des Dachbodens Schaffung eines autonomen halböffentlichen Bereichs mit Schule, Büros etc.; Freigabe der unbenutzten Kellerräume für Werkstätten und Proberäume.

Wir weisen auch noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß die vielschichtige Struktur der neuen BenutzerInnen ein „Projekt Ernst Kirchweger-

haus“ nur durchführen kann und will, wenn die volle Autonomie der Gruppe sowie deren Organisations- und Entscheidungsstruktur gewahrt bleibt.

Eine gemeinsame Nutzung des Hauses kann sich nur in einem langfristigen Prozess entwickeln. Für uns können daher ausschließlich räumliche und rechtliche Belange vertraglich geregelt werden. Organisationsform, gemeinsames Arbeiten und Handeln können nicht schriftlich festgelegt und „geschaffen“ werden; sie können sich nur auf der Basis gegenseitigen Vertrauens aus einer gemeinsamen Realität entwickeln.

DIE NEUEN BENÜTZERINNEN DES ERNST KIRCHWEGER HAUSES

Anmerkung des TATblatts: Dieser Text geistert in zwei Ausführungen durch die Schubladen der KPÖ-Führung. Uns liegt im Augenblick nur die frühere der beiden vor, die wir hiermit zum Abdruck bringen. Inhaltlich unterscheiden sich die zwei Briefe NICHT!

SIE WOLLEN DAS ROTSTILZCHEN RÄUMEN – WIR BLEIBEN ABER DRINNEN

1. WAS IST DAS ROTSTILZCHEN?

Das Rotstilzchen existiert seit 10 Jahren und ist ein selbstverwaltetes, autonomes Beisl. Das heißt, wir kriegen und wollen keinerlei Subventionen — wir können bzw. versuchen, unsere politischen Ideen durchzusetzen, ohne daß uns irgendwer dreinredet. Im Gegensatz zu anderen Beisln ist das Rotstilzchen nicht gewinnorientiert. Die Einnahmen decken die laufenden Kosten. Wir bieten Platz für Gruppen, die gegen AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus, Aufrüstung, Stadtteilerstörung und Spekulation etc. auftreten. Und außerdem ist das Rotstilzchen ein Beisl, in dem kein Konsumzwang herrscht, in dem jede und jeder gern gesehen ist, wenn er/sie kein Fascho, Bulle, Spekulant, Vergewaltiger ist.

2. WIESO BRAUCHEN WIR GERADE DAS ROTSTILZCHEN?

Das Rotstilzchen ist für uns der Ort, an dem wir gemeinsam reden, trinken, lachen, essen, diskutieren, streiten, weinen, ... können. Und was ebenso wichtig ist, wir haben einen Platz, wo wir Veranstaltungen machen, und wo wir uns zu politischen Themen verhalten (wollen). (Kampf gegen Faschismus, Spekulation, Aktionen gegen den Opernball etc.)

Außerdem werden wir nirgendwo in Wien mehr ein Lokal finden, das wir uns auch leisten können.

3. WARUM WILL UNS DIE HAUSBE-SITZERIN RAUSWERFEN?

Die offizielle Begründung lautet „nachteiliger Gebrauch“, wobei das Aussehen der BesucherInnen (bunte Haare) mit

ausschlaggebend ist. In Wahrheit ist das Haus, in dem sich das Rotstilzchen befindet, ein Spekulationsobjekt. Da die Mietpreise in den letzten Jahren ins Unermeßliche gestiegen sind, könnte sie für die Räume bei Neuvermietung ein Vielfaches kassieren.

4. WIR SIND NICHT DIE ERSTEN UND EINZIGEN, DIE SO VON DER STADTTEILERSTÖRUNG BETROFFEN SIND.

Aber nicht nur das Rotstilzchen soll geräumt werden sondern auch die anderen MieterInnen im Haus Margaretenstr.99 sollen vertrieben werden. Dafür sprechen folgende Indizien

- der Papierhändler mußte kündigen, da er sich die erhöhte Miete nicht mehr leisten konnte.

- das Ecklokal steht ebenfalls schon jahrelang leer.

- das Haus wurde verkauft und kein Mensch kennt den neuen Hausbesitzer. Auch auf Anfragen bei der neuen Hausverwaltung konnten wir nicht herausfinden wer der neue Hausbesitzer ist. Weiters konnten wir nicht erfahren, wieviel für das Haus bezahlt wurde.

- über die Renovierungsarbeiten im Haus wurde ebenfalls niemand informiert. Unklar ist weiters wer die Renovierungskosten bezahlen muß. Unter dem Motto „Stadtteilsanierung“ wurde in den Siebziger Jahren im 7. Bezirk einen ganzen Teil (Spittelberg) umzustrukturieren. Althäuser, die billigen Wohnraum geboten haben, wurden renoviert, und billige Mietwohnungen wurden zu teuren Eigentumswohnungen umfunktioniert. Die Hausbesitzer sind bei dieser Sanierung doppelte Gewinner:



1. können sie von den MieterInnen nach der Renovierung Horrormieten verlangen,

2. werden die Häuser durch Billigstkredite der Gemeinde Wien saniert. Ähnliches ist in den letzten Jahren in Gumpendorf passiert.

Auch in Margareten, Teilen des 2. und 3. Bezirks sind die Absaniierer kräftig am Werk. Neben den höheren Gewinnen ist das Ziel dieser Stadtteilerstörung die Vertreibung von Menschen mit niedrigen Einkommen, um die leergewordenen Objekte in teure Geschäfte, Hotels und teure Eigentumswohnungen für die Reichen umzuwandeln. Das sind keine Hirngespinnste von uns:

Sowohl am Spittelberg als auch in Teilen von Gumpendorf wohnen und arbeiten immer mehr Yuppies, und fast alle der alten MieterInnen sind verschwunden. Und wenn Sie durch Margareten gehen, werden Sie sicher auch schon bemerkt haben, daß immer mehr Touristen (wegen der vielen Hotels) kommen und immer mehr billiger Wohnraum geht. Sicher kennen auch Sie jemanden, der/die wegen zu hohen Mieten oder wegen eines Neubaus die billige Wohnung verlassen mußte.

5. WER VERDIENT AN DER STADTTEILERSTÖRUNG?

- Die Hausbesitzer, die teure Mieten kassieren

- Die Spekulanten. Sie kaufen billige Althäuser, sanieren sie und verkaufen sie teuer weiter.

- Die Baufirmen, indem sie für die Renovierung bzw. Neubau kassieren.

- Die Banken, indem sie die Kreditzinsen kassieren und an den Baufirmen beteiligt sind.

- Neue, teure Geschäfte, da ein zahlungskräftiges Publikum in die Gegend zieht.

Wenn argumentiert wird, die Touristen bringen Geld für den Staat, die Gemeinde, den Bezirk, fragen wir Sie:

Wieviel Geld haben Sie schon vom Tourismus-Boom Wiens bekommen? Nichts! Das Geld, das die Touristen bringen, fließt nämlich in die Taschen von: Hoteliers, Gemeinde, Baulöwen,



Ende April grub der Stamm der Rotstilzchens das Kriegsbeil aus

Banken und Geschäftsleuten.

Wenn argumentiert wird, die Touristen schaffen Arbeitsplätze, so sagen wir:

Die Arbeitsbedingungen im Hotel- und Gastgewerbe sind mit die schlechtesten bezahlten. Gerade für die Touristen müssen die Geschäfte länger offen halten. Das heißt, wir müssen länger arbeiten.

Wir kommen dadurch in einen Teufelskreis:

Weil die Wohnungen knapper gemacht werden, müssen wir mehr dafür bezahlen (schon heute zahlen wir durchschnittlich 30% unseres monatlichen Einkommens für die Miete). Dadurch sind viele Menschen gezwungen, schlecht bezahlte und ungeschützte Arbeitsverhältnisse einzugehen. Das heißt, Frauen müssen verstärkt Heimarbeit leisten, AusländerInnen und Arbeitslose sind den Sklavenhändlern (z.B. Leiharbeit) hilflos ausgeliefert. Für Jugendliche bedeutet das, daß sie noch länger bei ihren Eltern wohnen müssen. Außerdem heißt das für uns alle, daß wir mehr Streß und weniger Zeit für uns haben.

6. WARUM HABEN WIR KEINERLEI UNTERSTÜTZUNG DER GEMEINDE ZU ERWARTEN?

Die Gemeinde ist genau für diese Sanierungspolitik verantwortlich und fördert sie noch immer. Da wir uns aus oben angeführten Gründen gegen die Zustände im Bezirk wehren, ist es der Gemeinde nur angenehm, unsere Sache der Hausbesitzerin und den Gerichten zu überlassen. Die Gemeinde verhält sich als größte Hausbesitzerin in Wien genauso wie alle anderen Hausbesitzer und läßt jährlich zahlreiche Menschen wegen Mietschulden delogieren. In Häusern, wo die Gemeinde saniert, werden Infobüros für Leute eingerichtet, die wegen der erhöhten Mieten umsiedeln müssen.

Die Gemeinde gibt offen zu, daß sie nur mehr für Reiche baut. Es wird ernsthaft diskutiert, Gemeindewohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln, womit jeder soziale Anstrich endgültig die Farbe verliert.

Letztendlich ist die Gemeinde verantwortlich für die Räumung autonomer Zentren: Arena, Gaga, Ägidi.

7. WAS KÖNNEN WIR DAGEGEN MACHEN?

Wir müssen aufhören, Wohnungs- und Mietprobleme als Einzelschicksale zu sehen. Viele Menschen sind den gleichen oder ähnlichen Problemen ausgesetzt (Betriebskostenerhöhungen, 18, Räumungsklagen, Delogierungen,...). Wenn wir uns zusammensetzen und über diese Probleme reden, sind wir den Hausbesitzern gegenüber in einer viel besseren Position. Welchen Erfolg wir so haben können, zeigt das Beispiel der Mayr-Mellnhof-MieterInnen, die sich 1986 zusammenschlossen und

ihre Absiedelung gemeinsam verhinderten.

Für die Hausbesitzer ist es viel angenehmer, einzelnen MieterInnen gegenüber zu stehen, als einer entschlossenen Hausgemeinschaft. Eine andere Möglichkeit, sich gegen überhöhte Mietforderungen zu wehren, sind das bezahlen selbst festgelegter Mieten (z.B. 10% des Einkommens) oder der Mietboykott. Beides wird anderswo (z.B. Italien) schon jahrelang praktiziert, ist aber für Österreich noch Zukunftsmusik. Nichtsdestotrotz halten wir diese Widerstandsformen für zweckmäßig und berechtigt, weil wir so den unverschämten Mietforderungen etwas entgegenzusetzen können.

Besonders betroffen von den Verhältnissen, die am Wohnungsmarkt herrschen, sind Jugendliche, die so länger bei ihren Eltern wohnen müssen, und Menschen, die sich die Mieten nicht mehr leisten können und auf der Straße landen. Dem gegenüber stehen die zahlreichen leeren Wohnungen und Häuser in Wien (offiziell 138.000 leere Wohnungen und allein 15 leere Häuser in Margareten).

Ein Schritt, um gegen diese Situation anzukämpfen, ist die Enteignung von leerstehendem Wohnraum, sogenannte Besetzungen.

Schauen wir nicht weg, wenn unsere Nachbarn delogiert werden!

Ertränken wir nicht unseren Kummer in Alkohol!

Lassen wir unsere Wut nicht an gesellschaftlich Benachteiligten — Frauen, Kindern, AusländerInnen — aus, sondern treffen wir uns!

Zeigen wir den Spekulanten, Baulöwen, Tourismusmanagern und der Gemeinde, daß wir nicht wehrlos sind.

Wir grüßen die GenossInnen in den besetzten Häusern der Hamburger Hafestraße, des autonomen Zentrums Blitz in Oslo, des autonomen Zentrums Kanal in Schwertberg und die HausbesetzerInnen in Salzburg — all diese Zentren sind ebenfalls von der Räumung bedroht.

**Keine Räumung des Rotstilzchens
Verhindern wir gemeinsam Delogierungen**

**Schluß mit der Stadtteilerstörung
Keine EXPO in Wien und anderswo
besucht das Rotstilzchen — 5., Margaretenstraße 99
von Montag bis Freitag von 18 bis 2 Uhr**



SEPTEMBERPROGRAMM

●Do. 6.9. 90 Hardcore und Punkvideos

●Fr. 7.9. 90 Film über Opernball 90

●Mo 10.9.90 „Im Herbst der Bestie“; Im September 1988 halten Weltbank und Weltwährungsfonds ihren jährlichen Gipfel in Westberlin ab. Nicht ungestört! Tausende von Menschen sorgen mit einer Vielzahl fantasievoller Aktionen dafür, daß das menschenverachtende Spektakel nicht ungestört über die Bühne gehen kann. Die massenhafte Aktivität lehrt so manche Politiker das Fürchten. Der Film vermittelt ein wenig Geschichte von Weltbank und Weltwährungsfonds und gibt einen Überblick über den Widerstand gegen den Kongreß.

●Di.11.9. 90 Film mit dem Berliner Kabarett „die Drei Tornados“

●Fr.14.9. 90 Film über 1.Mai 1989 in Westberlin

Seit 1988 treffen sich jedes Jahr am 1.Mai über 10 000 Menschen im Berliner Stadtteil Kreuzberg, um unabhängig von SPD oder reformistischen Gewerkschaften den 1.Mai vom „Krampf-“ zum „Kampftag“ werden zu lassen. Im Jahr 1989 erstmals mit einer „rot-grünen“-Senat, der zeter und mordio schrie....

●Mo.17.9. 90 Film über Häuserkampf in Mestre (Venedig)

Die BewohnerInnen einer Betonsilo-Siedlung in Mestre verweigern seit Jahren dem Staat die Gefolgschaft. Die Höhe der Miete zu bestimmen überlassen sie keinen anderen, das tun sie schon selbst....!

●Fr.21.9. 90 „Österreichische Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit“

●Mo.24.9. 90 „Der große Massenstreik im Oktober 1950“

Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen: Verdrängte Geschichte in Worten und Bildern

●Fr.28.9. 90 großes Fest Fest Fest Fest Fest

●Mo. 1.10.90 Entwicklung und Struktur der österreichischen Sozialpartnerschaft: Herrschaftsprinzip und „Massenbeglückung“: Von der Aufhebung des Koalitionsverbots bis zu Herrn Rechberger

Alle Veranstaltungen beginnen um 19 Uhr 30

Vorschau Oktober: Veranstaltung „Faschismustheorien“ mit Emmerich Talos

Veranstaltungsräume statt Rotstilzchenräumung!!!!

Besetzung der Viehtaler Alm (OÖ)

Kein Bohrturm nicht

Seit Mitte Juni war die Baustelle für einen Probe-Bohrturm der ÖMV auf der Viehtaler Alm bei Kleinreifling in Oberösterreich besetzt. Am 22. August wurden die BesetzerInnen schließlich weggerräumt. Den Bohrturm soll es aber trotzdem niemals geben. Die ÖMV aber ist anderer Meinung.

(TATblatt-Wien)

Seit Bekanntgabe des Projekts von Erdgas-Probepbohrungen der ÖMV im Dezember 1988 rühren sich kritische Stimmen. War es Anfangs in erster Linie die Sorge über die unmittelbare Naturzerstörung, die die GegnerInnen auf die Barrikaden rief, mischten sich unterdessen immer mehr grundsätzliche energiepolitische Aspekte in die Kritik.

Es geht nicht „bloß“ darum, daß während der Probepbohrung mindestens 4000 Liter Diesel täglich durch die Antriebsaggregate in die Luft geblasen werden, es geht auch nicht „bloß“ darum, daß zB Adler und andere vom Aussterben bedrohte Tiere und Pflanzen wieder um eine Überlebenschance ärmer werden, oder „bloß“ darum, daß bei einem Tankwagenunfall beim Treibstofftransport auf 1000 Meter Seehöhe das Trinkwasser der gesamten Region verseucht werden würde. Es geht auch um die Energiepolitik als ganzes. Und die wird von den Mächtigen bestimmt. Nebst den multinationalen Konzernen in Österreich etwa vom Verbund, den EVUs und der ÖMV. Nicht zu vergessen: die Politiker als Handlanger oder unmittelbar Beteiligten.

ÖSTERREICHER MIT VERANTWORTUNG

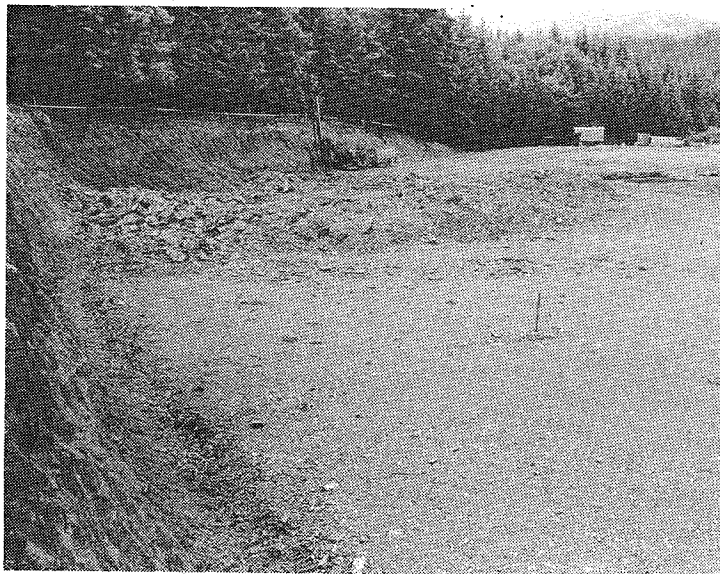
Als österreichischer Monopolbetrieb bekommt die Österreichische Mineralölverwaltung ÖMV jährlich ein Budget in Millionenhöhe, um im Inland nach Kohlenwasserstoffreserven (Erdöl, Erdgas) zu suchen. Zur Sicherung der Auslands-Unabhängigkeit, wie es heißt. Damit, wenn's im Arabischen Raum kracht, kein österreichischer Motor trocken bleiben muß.

Die Österreicher mit Verantwortung, wie die ÖMV ihre Firmenbezeichnung jüngst gern umdeutet, betreiben auch zB eine Tochtergesellschaft PROTERRA, die sich hauptsächlich damit beschäftigt, den von der ÖMV verursachten Sondermüll wieder unter der Erdoberfläche verschwinden zu lassen. Höchst verantwortungsvoll rühmt sich die ÖMV auch ihrer Handelsbeziehungen, etwa mit dem Apartheids-Konzern SHELL. Als ebenso verantwortungsvoll ist wohl auch ihr Engagement in der Gentechnologie zu bewerten.

HOPPLA

Als alle Versuche das Projekt auf der Verhandlungsebene zu verhindern gescheitert waren, und die Bagger zu baggern begannen, griff mensch zur Selbsthilfe. Die Baustellenzufahrt wurde blockiert, ein

Baustopp, eine Umweltverträglichkeitsprüfung und die Überprüfung der energiepolitischen Sinnhaftigkeit gefordert. Und tatsächlich: für die nächsten 6 Wochen hatte es sich ausgebagert, für die Bagger. Da aber auch wochenlanges Totschweigen in den bürgerlichen Medien kein Ende der Besetzung bewirken konnte, wurde die Repressionsmaschinerie angestartet: 14 AktivistInnen bekamen eine Besitzstörungskla-



ge und „einstweilige Vorkehrungen“ (bit'tschen, haßt des wirklich so? Bitte leserlicher faxen, das nächste Mal! Anm vom Tipper), die ihnen das Betreten eines Großteils der Gegend dort verbietet, gekoppelt mit der Androhung einer Schadenersatzforderung. Interessant dabei ist etwa die Frage, wie die ÖMV an die Namen und Daten der Beklagten herangekommen sein mag. Doch nicht etwa mit Hilfe der Behörden? Das wäre nämlich illegal, schließlich ist es in zivilrechtlichen Angelegenheiten Sache der Klagenden die Namen der Beklagten herauszufinden.

Da die Besetzung dennoch weiter andauerte, wurde ein härterer Ton angeschlagen: Falls die Blockade noch weiter andauere, werde man Schadenersatzforderungen in der Höhe von 40 Millionen Schilling an die 40 Beklagten richten, ungeachtet dessen, ob sie daran teilnehmen oder nicht. Was in anderen Fällen als Erpressung geahndet wird, können sich Österreicher mit Verantwortung uneingeschränkt erlauben.

Eine für den 20. August angedrohte Räumung scheiterte an der Solidarität 60 entschlossener BesetzerInnen. Zwei Tage später waren die meisten AktivistInnen wieder zu Tale gezogen um ihrer Lohnarbeit nachzukommen. Da erklärte plötzlich die Bezirkshauptmannschaft Steyr gemäß einem Gesetz aus dem Jahre 1929 das

ganze Gebiet kurzerhand zum „Sperrgebiet“, dessen Betretung bis zu S 3000,— oder 3 Wochen Arrest kosten kann. Noch am selben Morgen rückten die Gendarmen (90 an der Zahl) an und die BesetzerInnen (ganz wenig an der Zahl) — als unmittelbare Folgewirkung des eklatanten Kräfte-Ungleichgewichts — ab. Drei Personen versuchten eine von den BesetzerInnen erbaute Hütte vor dem Verfall zu retten und gerieten dabei vorübergehend in die Fänge der Staatsgewalt.

Ein Versuch, am 27. August die Bauarbeiten neuerlich zu behindern, endete abermals mit Festnahmen. 9 Personen hatten sich an den Baumaschinen angekettet, und konnten erst nach 3 Stunden entfernt werden. Die Wartezeit bis zum Eintreffen eines Bolzenschneiders vertrieben sich die Gendarmen mit ein paar Brutalitäten zwi-schendurch: Sie rissen eine Frau an ihrer um den Bauch gelegten Kette oder regten später den Baggerfahrer an, doch vielleicht mal den Motor einzuschalten, was dieser auch bereitwillig tat, zumal sich unter dem Gerät noch drei angekettete Frauen befanden hatten. Gendarm im O-Ton: „Erst wird ihnen ein bißerl schwindlig werden, dann wird ihnen schlecht werden, dann bekommens Kopfweh, und dann...“ Hätte sich der Bagger auch nur um wenige Zentimeter bewegt, hätte dies für eine der Frauen den Tod bedeuten können, hatte sie sich doch mit um den Hals gelegter Kette angekettet. Inzwischen sind alle Festgenommenen wieder auf freiem Fuß, das Strafausmaß ist noch ungewiß.

Umweltministerin Flemming hat inzwischen die Forderungen der ÖMV-GegnerInnen unterstützt und die Finanzierung der Umweltverträglichkeitsprüfung und der Überprüfung der energiepolitischen Sinnhaftigkeit zugesagt. Ob das irgendwelche Folgen haben wird, oder nur ein neuer Versuch der Ruhigstellung der KritikerInnen ist, wird sich zeigen. Die Aktionen werden in verschiedenster Form sicherlich weitergehen. Moralische, finanzielle und physische Unterstützung ist nach wie vor gefragt. Zweitere ist erbeten auf den „Fonds für gerichtlich verfolgte UmweltschützerInnen“ Raiffeisen Großbraming 30 010 623.

Aktuelle Infos: Telefon (07447)7649. ●

Wien: Autofreie Freitage

Verkehrsberuhigung von unten

(TATblatt-Wien)

Jeden Freitag, pünktlich um 16 Uhr kommt der wiener innerstädtische Individualverkehr zum Erliegen, und das nun schon seit bald drei Monaten. Aus Protest gegen den Autowahnsinn, die Ozonbelastung, den Autobahnbau usw. treffen sich allwöchentlich unzählige RadlerInnen am Rathausplatz zur gemeinsamen Spazierfahrt durch die Stadt. Die Fahrt führt, wie der Zufall so spielt, zumeist über die verkehrsreichsten Straßen Wiens, wie Gürtel, „Zweierlinie“ oder Wienzeile.

Der um diese Zeit ohnehin stets zusammenbrechende Autoverkehr bricht in diesem Zusammenhang ganz besonders zusammen, nur die RadlerInnen radeln hemmungslos. Die lärmgeplagten AnrainerInnen winken zumeist sehr erfreut aus ihren Fenstern, die sie dank der Radldemo nun zumindest ein mal pro Woche kurz aufmachen können.

Die Polizei tut sich schwer, der ungebührlich ruhigen Lage Herr zu werden. Die den Verkehrslärm so störenden RadlerInnen lassen sich nicht so leicht vertreiben. Selbst Einschüchterungsversuche und Kriminalisierungen haben ihre Wirkung bislang verfehlt. Am 10. August kam es zu wiederholten Polizeiprovokationen (Anstänkungen — zumeist gegen Frauen gerichtet; Tritte von Motorradpolizisten auf neben ihnen fahrende RadlerInnen; Verhaftung von RadlerInnen die nicht am rechten Straßenrand fahren oder gar ganze Fäuste ballten).

Zu Protestaktionen kam und kommt es auch gegen das begonnene Herausreißen der Gleisanlagen des eingestellten „Achters“.

Im Herbst wird es sicherlich zu einer Ausweitung der verschiedensten Aktionen kommen. Darüberhinaus ist mit neuerlichen Aktivitäten gegen den Weiterbau der Ostautobahn zu rechnen — diese Autobahn ist besonders für die geplante Weltausstellung Wien-Budapest 1995 unerlässlich. Aktionen gegen Transitverkehr sind

für den Herbst dieses Jahres europaweit geplant.

Bei einzelnen Aktionen gilt es lediglich aufzupassen, daß sie nicht im Zuge der Nationalratswahlen von den Grünen als reine Wahlkampfveranstaltungen mißbraucht werden. Die Radldemos waren dereinst zweifellos von den Grünen initiiert worden, haben sich aber inzwischen zu einer breiten

unabhängigen Verkehrsaktion entwickelt, die sich nicht für parteipolitische Zwecke vereinnahmen lassen sollte.

In diesem Sinne: bis auf weiteres jeden Freitag mit dem Fahrrad um 16 Uhr auf den Rathausplatz in Wien kommen: zur gemeinsamen teuflischen Spazierfahrt entlang der höllischsten Verkehrsadern Wiens. ●

Kein Fußbreit den Faschisten

(TATblatt-Wien)

Ob in Österreich, der BRD oder der DDR: immer offener treten Faschisten auf.

In Wien plärrt „Ein Herz für Inländer; NEIN zur Ausländerflut“ mit Hilfe eines Lautsprecherwagens ungestört Parolen, in der DDR terrorisieren sie ganze Stadtviertel, in der BRD marschieren am 18.8.90 an die 1000 Faschisten durch Wunsiedel (der 18.8. ist der Todestag von Rudolf Heß, und in Wunsiedel liegt selbiger unter der Erde).

Diese Offensive der Faschisten, die durch den Vereinigungstaukel einen kräftigen Aufschwung erfahren, ist auch durch eine verstärkte Zusammenarbeit untereinander gekennzeichnet.

So leisten Faschisten aus der BRD und Österreich (z.B. Michael Kühnen — FAP, Gottfried Küssel — VAPO ...) „Aufbauarbeit“ in der DDR.

Zur österreichischen Nationalratswahl wird eine rechtsradikale Liste antreten.

Da im Wahlkampf damit zu rechnen

ist, daß die Faschisten verstärkt auf die Straße gehen werden, muß sich die radikale Linke schnellstens überlegen, wie mensch gegen die Faschisten vorgeht.

Wir schlagen daher ein erstes Koordinierungstreffen am Mittwoch, dem 5.9.1990 im Rotstilzchen, Margaretenstr. 99, 1050 Wien vor. Bringt Material, Fotos und andere Infos mit.

Informiert alle, die etwas gegen die Faschos unternehmen wollen, und nehmt sie mit ins Rotstilzchen!!!

P.S.: Für alle, die es interessiert: Am Donnerstag dem 6. September findet der Wahlkampfauftakt der FPÖ in Wien statt (vielleicht findet er auch nicht statt, wär doch nett was ???; der Tipper). Diese hochinteressante Veranstaltung findet (oder eben nicht; Anm d Lehauters) um 19.30 Uhr im Palais Ferstel, Strauchgasse 4, 1010 Wien statt. Der Einlaß ist ab 18.30 Uhr. TeilnehmerInnen sind (wären gewesen; Anm) z.B. Heide Schmidt, Helene Partik-Pable, Holger Bauer. ●

getrennt von Tisch & Bewegung

(TATblatt Wien)

Ein Möbelstück ganz besonderer Art ist in den letzten Tagen der „taz“ abhanden gekommen. Ein Tisch: 1968 vom (damaligen) Linksanwalt Ströbele gekauft und später an Kommune 2 weitergegeben

landete er 1979 bei der „taz“. Als legitime Nächstfolgerin der 68er sollte sie die 5,50 mal 1,50m große Linksreliquie würdig verwahren. Vergangenen Sonntag überantworteten BesetzerInnen der Mainzerstraße in Ostberlin selbigen Tisch wieder der Bewegung. In einer Blitzaktion zerlegten sie den Tisch und entkamen unbemerkt.

Hintergrund der Aktion ist die hetzerische Berichterstattung der „taz“ über „West-Autonomie“, die angeblich die HausbesetzerInnenbewegung in Berlin-Hauptstadt unterwandern und für deren Zwecke ausnutzen sollen. Während also die „taz“ die deutsche Einheit recht alternativ besingt und Dank steigender Auflage im „Osten“ der Stadt auch davon profitiert, tritt sie für strenge Spaltung der Bewegung in „gute“ Ost- und „böse“ Westabteilung ein. Opfer der Wohnungsnot im „Westen“ sollen gefälligst unter der Brücke schlafen, jedenfalls aber nicht in leerstehenden „Ost“-Häusern.

Ein dickes TATblatt-Lob den MainzerstrahlerInnen.

P.S.: Wir hätten da noch ein paar Szenematratten, die der Enteignung harren. ●

G U T S C H E I N

für ein kostenloses Probeexemplar des TATblatts

Ja! Ja! Ja!

Ich erwäge das TATblatt zu abonnieren (zum Preis von S 96,— für 10 Ausgaben bzw S 190,— für 20 Ausgaben bzw S 150,— für 10 Ausgaben außerhalb Österreichs). Bitte schickt mir ganz unverbindlich das nächste TATblatt kostenlos zur Probe zu. Dort erfahre ich dann auch, was ich tun muß, um das TATblatt im Abo zu erhalten.

Mein Name ist:

Und wohnen tu ich:

Gutschein ausschneiden und einschicken (frankiert!!!) ans TATblatt; 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11